

760. 00-02

702. 79-61-1018

24.07.2018

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.6)

Herr Senator Kerstan trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/1842, betreffend

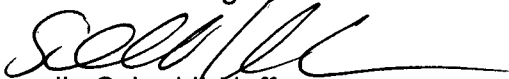
Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festlegung der
Einkommensgrenzen nach § 8 des Hamburgischen
Wohnraumförderungsgesetzes
(Einkommensgrenzenänderungsverordnung),

vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte „Verordnung zur Änderung der
Verordnung zur Festlegung der Einkommensgrenzen nach § 8 des Hamburgischen
Wohnraumförderungsgesetzes“.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann



Berichterstattung:
Senatorin Dr. Stapelfeldt
Staatsrat Kock

TOP I. 6
VC

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2018/01842
vom: 13.07.2018

Geschäftsstelle des Senats
Eing.: 13. JULI 2018

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festlegung der Einkommensgrenzen nach § 8 des Hamburgischen Wohnraumförderungsgesetzes (Einkommensgrenzenänderungsverordnung)

A. Zielsetzung

Ziel der Vorlage ist eine angemessene Erhöhung der Einkommensgrenzen in der Mietwohnraumförderung durch Anhebung der Überschreitungsquote im Zuge der Änderung einer Senatsverordnung.

B. Lösung

Änderung der Einkommensgrenzenverordnung.

C. Auswirkung auf den Haushalt

Im Falle einer Anhebung der Überschreitungsquote bei den Einkommensgrenzen auf plus 45% würde der Anteil der wohnberechtigten Haushalte im ersten Förderweg von rund 33% auf rund 40% ansteigen. Durch die Erweiterung der Einkommensgrenzen ist es möglich, dass zum Nachweis der Wohnberechtigung mehr sog. § 5-Scheine beantragt werden. Hierdurch könnte sich gegenüber dem bisherigen Zustand ein Mehraufwand bei den Bezirksämtern ergeben, der durch ein höheres Gebührenaufkommen kompensiert werden würde. Eine vollständige Kompensation erfolgt nicht, da die Gebühren aus sozialen Gründen nicht kostendeckend sind. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass nicht jeder Berechtigte einen § 5-Schein beantragt, insbesondere wenn der Haushalt bereits in einem unbefristeten Mietverhältnis mit Wohnraum versorgt ist.

D. Auswirkung auf die Vermögenslage

Etwaige höhere Kosten für den Vollzug des Hamburgischen Wohnraumförderungsgesetzes aufgrund der geänderten Einkommensgrenzenverordnung führen zu Aufwand und mindern im Jahr ihrer Entstehung über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH). Mehreinnahmen durch Gebühren aufgrund einer höheren Anzahl der Anträge führen im Jahr ihrer Entstehung in der Ergebnisrechnung zu Einnahmen und erhöhen mittelbar das Eigenkapital der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

Familienpolitik

Insbesondere Familien sind besonders betroffen von der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt. Ihnen kommt daher die Anhebung der Einkommensgrenzen in besonderem Maße zugute.

Klimaschutz

Bürokratieabbau

Inklusion

Gleichstellung

Die Erhöhung der Einkommensgrenzen verbessert auch die Situationen von Frauen mit einem niedrigen und mittleren Einkommen auf dem angespannten Wohnungsmarkt.

G. Alternativen

Keine.

H. Anlagen

- Einkommensgrenzenänderungsverordnung